

CDU fordert mehr LKW-Kontrollen

Ratsfraktion will Innenstadt entlasten: Andere Ampelschaltung, Durchgangsverkehr raus

Von Rainer Breda

Hildesheim. Die Stadt soll nach dem Willen der CDU-Ratsfraktion deutlich mehr dafür tun, um den Verkehr aus der Innenstadt fernzuhalten, den Bau günstiger Mietwohnungen anzukurbeln und für mehr Sicherheit und Ordnung in den Grünanlagen zu sorgen. Zudem geht aus den Änderungsanträgen der Christdemokraten zum Haushaltsplan 2019 der eindeutige Wunsch hervor, der Verwaltung bei Großprojekten stärker auf die Finger zu sehen und sie dabei an die kurze Leine zu nehmen – unter anderem mit dem Ziel, Kostenexplosionen bei Bauprojekten wie zuletzt mehrfach geschehen zu vermeiden. „Uns reicht es, wir haben genug von solchen Entwicklungen“, sagt Frank Wodsack. Der finanzpolitische Sprecher der CDU präsentierte deren Vorstellungen gemeinsam mit Fraktionschef Ulrich Kümme der Presse. Auszüge:

■ **Verkehr:** Die Stadt soll für 200 000 Euro ein Konzept entwickeln, um – als Zwischenlösung auf dem Weg zur Nordumgehung – den Durchgangsverkehr auf der Strecke B1-Römerring-Cheruskerring-Münchewiese-Mastbergstraße-B6-Kreisel um die Innenstadt herumzuführen. Das ist genau die Route, auf der Lastwagen über 12 Tonnen das Zentrum eigentlich ohnehin umfahren sollen; schließlich gelte für die Transporter ja bereits seit Jahren ein Durchfahrtsverbot, erinnern die Christdemokraten. Die Verwaltung soll dies nun als „Sofortmaßnahme“ durch eine konsequente Kontrolle einschließlich Strafanordnung durchsetzen, zudem für 50 000 Euro ein LKW-Leitsystem

planen und einführen. 20 000 Euro sollen dazu dienen, die Kaiserstraßenampeln so zu steuern, dass der Verkehr besser fließt.

■ **Stadtdienst:** Als Reaktion auf Bürgerbeschwerden über Müll, freilaufende Hunde und Ruhestörungen in Grünanlagen soll das Rathaus einen „uniformierten Ordnungsdienst“ einrichten – ausgestattet mit vier Stellen, die durch Umschichten entstehen. Alternativ können sich die Christdemokraten auch den Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes vorstellen, im Haushalt möchten sie dafür 50 000 Euro unterbringen. Ein Betrag in der gleichen Höhe soll als Zuschuss für Caritas, Cluster und ähnliche Anbieter zur Verfügung stehen, die damit soziale Brennpunkte entschärfen helfen.

■ **Stadtbibliothek:** Der Kreis soll sich an den Kosten mit 75 000 Euro beteiligen, schließlich lebten viele Nutzer im Kreisgebiet. Sie sollen künftig höhere Gebühren als Stadtbewohner zahlen, falls die Kreispolitik keinen Zuschuss gibt.

■ **Hochwasserschutz:** Im Entwurf der Verwaltung stehen bereits 1,25 Millionen Euro, das Geld ist vor allem für die Gegend rund um das Jobad und das Überlaufbecken vorgesehen. Die CDU will noch einmal 100 000 Euro drauf legen.

■ **Wohnraum:** Die Stadt soll private Investoren kommunale Grundstücke, zum Beispiel auf dem ehemaligen DJK-Gelände, günstig verkaufen oder gar schenken; im Gegenzug sollen dort günstige Mietwohnungen mit einer Preisbindung von zehn Jahren entstehen. „Wir müssen mehr Anreize für Investoren bieten, damit diese günstigen Wohnraum schaffen“, sagt CDU-



Die Ampeln leuchten grün, der Verkehr fließt – aber so ist das nicht immer in der Kaiserstraße.

FOTO: JULIA MORAS

Chef Kümme. Die Prämien, die die Stadt für das neue Baugebiet im Ostend zahle, genügen nicht.

■ **Gegenfinanzierung:** Allein 2,2 Millionen Euro sollen dadurch zustande kommen, die Personalkosten auf 64 Millionen Euro zu beschränken. Das sei drin, betont Kümme: Immerhin habe 2017 das

tatsächliche Ergebnis um zehn Prozent unter dem Betrag gelegen, den das Rathaus im Haushalt eingeplant hatte.

■ **Kontrolle:** Die CDU fordert unter anderem einen verbindlichen Ablauf- und Kostenplan für Großprojekte wie die anstehenden Sporthallenbauten in Himmelsthür und

auf der Marienburger Höhe, um nicht am Ende von Mehrausgaben überrascht zu werden. Die Verwaltung solle zudem endlich die beschlossene „Koordinierungsstelle für Infrastrukturmaßnahmen“ einrichten. Bislang wehrt sich Oberbürgermeister Ingo Meyer dagegen.